

Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 33 (1937)

Artikel: Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland
Autor: Blocher, Ed.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-595150>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

Auch im hinter uns liegenden Jahr hat die Angelegenheit Muttersprache die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigt, und wiederum stand im Mittelpunkt der Erörterung die Frage: Mundart oder Schriftsprache?

Doch will ich mit anderem beginnen. Die Fremdwörterei und die Verdeutschungsfragen beschäftigen immer wieder die Zeitungen. Und zwar in zwiefachem Sinne, wie auch wir selbst, und nachgerade immer mehr, in zwiefachem Sinne damit zu tun haben. Denn außer den leidigen Fremdwörtern müssen wir auch unwillkommene Verdeutschungsversuche bekämpfen und so eine Art Krieg nach zwei Seiten führen. Die Welle nationaler Ueberspanntheiten, die zur Zeit über Deutschland fegt, hat den Maßlosen, die das Verdeutschende ohne Geschmack und geschichtlichen Sinn als eine Art Sport betreiben, günstige Gelegenheiten für ihr Treiben und Ueber-treiben geboten. So etwas ist jeweilen unsern Feinden und Deutschenfressern willkommen, ihr Mütchen dran zu fühlen. Sie könnten das bleiben lassen: in der Schweiz ist keine Gefahr, daß der „Purismus“ über die Stränge hauen werde; auch im Reiche finden sich immer Leute, die den Ueberspanntheiten entgegentreten. So sind z. B. das „Frankfurter Volksblatt“ (2. 3. 1937) und die Berliner „Börsenzeitung“ (25. 2. 1937) in Uebereinstimmung mit dem Generaldirektor für das Straßenwesen, Dr. Todt, in bemerkenswerter Weise den Toren zu Leibe gegangen, die Lokomotive durch „Zieh“ ersetzen wollten. Selbstverständlich findet man in solchen Fällen unsern alten Kampfgenossen, den Deutschen Sprachverein, auf der Seite der Vernunft und des guten Geschmacks, — und doch sind selbst in der uns von lange her vertrauten Zeitschrift „Muttersprache“ in den letzten Jahren etwa einmal Verdeutschungsvorschläge zu finden, die ich nicht vertreten möchte und als Entgleisungen ansehe. Verdeutschend überall und um jeden Preis, das ist nicht nur aussichtslos, es ist auch eine Sünde gegen deutschen Geist und deutsche Ueberlieferung. Erfreulich ist, daß selbst in unsern Tagen immer wieder einmal, freilich selten genug, der Kampf gegen die

Fremdwörterei in unsern Zeitungen sichtbar wird, wenn auch eher in guten Aufsätzen als in guten Gewohnheiten. So einmal im „Wohler Anzeiger“ (26. 2. 1937); sogar in der sonst eher deutschfeindlichen „Nation“ (1. 1. 1937) wehrt sich einer tüchtig gegen Perron und sagt dabei seinem Gegner ins Gesicht: „Ich weiß zwar wohl, daß es Ihnen nicht auf dem Herzen lag, für eine reine und richtige Sprache zu kämpfen, ganz und gar nicht, sondern es lag Ihnen auf der Galle: nämlich die Abneigung gegen die Deutschen. Da möchte ich Ihnen nur sagen, daß etwas weniger enge Vaterländerei, dafür mehr Liebe und Dienst am ganzen Europa unserer Zeit sehr not täten.“ Die „Neue Zürcher Zeitung“ (1. 3. 1937) macht sich lustig über das beim Abfuhrwesen der Stadt Zürich gebräuchliche Wort *Deponie* platz und schlägt vor, wenigstens *Deponielocus* zu sagen. Unter den in gewissen Abständen im „Bund“ erscheinenden sprachlichen Betrachtungen von Prof. v. Greyerz finden wir auch eine besonders gut aufklärende über „aufoktroyieren“; in ähnlichem Sinn behandelt die „Nationalzeitung“ (9. 12. 36) das Wort *räsonieren*. Beide Arbeiten weisen auf den Bedeutungswandel hin, den die fremden Wörter beim Uebergang ins Deutsche erleiden.

Doch wichtiger als einige, wenn auch verdienstliche Zeitungsstimmen gegen üble Fremdwortgewohnheiten ist die immer wieder zu machende Beobachtung, daß unsere Gebildeten für Geschmack und Schönheit der Wortwahl wenig, mir scheint: immer weniger Verständnis haben. Die Schweizerfahrt der Radrenner wird allgemein und ohne Widerspruch im ganzen Lande *Tour de Suisse* genannt (nur Alfred Huggenberger macht sich hierüber lustig, schreibt *Tour dö Swiss* und läßt die Teilnehmer singen: Ich bin ein Knabe dö Swiß und hab die Heimat lieb). Die Kennmarke der kommenden Landesausstellung muß *signet* heißen, als wäre das eine nur von Frankreich aus zu verstehende Sache. Gedankenlos und wie selbstverständlich greift man bei jeder irgendwie neu scheinenden Sache nach dem ersten besten französischen oder englischen Wort, und das in einer Zeit, wo die Schlagwörter: heimatliche Eigenart und Schweizergeist und geistige Landesverteidigung auf jeder dritten Zeile zu lesen sind. Nicht der Gebrauch alter, fest eingebürgerter Fremdwörter wie etwa *adieu*, Adjektiv, Qualität, ist das Bedenkliche an unsern Sprachgewohnheiten, sondern die eben beschriebene Bereitschaft unsrer Gebildeten zum Griff nach fremden und volksfremden Ausdrücken.

Ein Wort gebührt einer Angelegenheit, die wir zwar nie zu den Hauptsachen des deutschen Sprachlebens gerechnet, aber auch nie ganz außer acht gelassen haben: der deutschen Druckschrift. Eine kleine Mitteilung der „Neuen Zürcher Zeitung“ (vom 6. 11. 1936) berichtet über die Fortschritte der deutschen Druckschrift im Buchgewerbe des Deutschen Reiches; in den ersten fünf Monaten des Jahres 1936 seien 60 vom Hundert der im Reich erschienenen Verlagswerke in deutscher Schrift gedruckt worden. Es ist wohl nicht ganz richtig zu sagen, daß sich „immer mehr ein Ueberwiegen der Buchneuerscheinungen in Fraktur gegenüber denen in Antiqua“ feststellen lasse. Denn ü b e r w o g e n haben sicherlich im Reiche die in Fraktur gedruckten Bücher von jeher. Wenn jetzt die Antiqua zurücktritt, so ist zu sagen, daß sie in den letzten zwanzig Jahren an Boden gewonnen hatte (das entsprach den aufs Internationale gerichteten Kulturbestrebungen unter der Herrschaft der demokratischen Regierungsparteien), jetzt aber wieder zurückgeht, weil das für deutsch Geltende auf allen Gebieten die Oberhand allmählich wiedergewinnt. Der deutschen Schreibschrift nimmt sich der „Schweizerische Beobachter“ (Basel, 30. 6. 1937) an. Das erfreulicherweise auch sonst den sprachlichen Dingen Aufmerksamkeit schenkende Blatt hält sich mit Recht darüber auf, daß unsere Schulen die deutsche Schreibschrift nicht wenigstens lesen lehren, denn deutsche Briefe aus dem Ausland und von Vertretern des ältern Geschlechtes, der eigenen, oft noch deutsch schreibenden Eltern, sollten unsere jungen Leute denn doch lesen können. Den jungen Lehrern, die das allenfalls nicht einsehen sollten, müßte gesagt werden, daß der Lehrplan der Schule nicht einfach den pädagogischen Ueberlegungen der Lehrerschaft entsprechen darf, sondern daß die Schule die Aufgabe hat, notwendiges Kulturgut an das aufwachsende Geschlecht weiterzugeben; hier liegt eine Bildungsforderung vor, die nicht unter den Tisch gewischt werden darf.

Fast wundert man sich darüber, in unserer durch die Forderungen der Mundartbegeisterten gänzlich überfluteten schweizerischen Presse doch immer noch etwa einmal den Ruf nach besserer Pflege des Hochdeutschen zu vernehmen. Klagen über ungenügende Leistungen im Deutschen finden sich in einem Aufsatz der „Neuen Schweiz“ (16. 4. 1937) und im „St. Galler Tagblatt“ (19. 1. 1937). Besonders eindrucksvoll aber nimmt sich der Pflege des Deutschen Prof. W. Schnyder in der „Zeitschrift für kaufmännisches Bildungswesen“ (März 1937) an. Er behandelt den „Deutschunterricht und sein Verhältnis zu den andern

Fächern“ und stellt eindringlich die Forderung, daß alle Lehrer berufen seien, die Schüler im Gebrauch der Muttersprache zu fördern. Der wunde Punkt des Mittelschulunterrichtes, der hier berührt wird, hat von jeher den Freunden des deutschen Bildungswesens zu schaffen gemacht.

Ist es zum Weinen oder zum Lachen, wenn man sieht, daß wir noch nicht einmal alle darüber einig sind, ob Französisch und Italienisch Fremdsprachen zu nennen seien oder nicht, und daß ein Einsender im „Bund“ (11. 2. 1937) das Wort ergreifen muß, um die Binsenwahrheit zu verteidigen, daß auch eine in der Schweiz gesprochene (also sogenannte Landes-) Sprache eine Fremdsprache ist für jeden, dessen Muttersprache sie nicht ist? Von der Mundartbewegung her wird behauptet, Hochdeutsch sei eine Fremdsprache, und vom Schweizerstandpunkt her will man uns einreden, Französisch und Italienisch seien keine Fremdsprachen! Was wird jetzt der nächste Unsinn sein, den man aufbringt? Heute ist alles möglich. Aber ich denke, unsere Schuljugend werde sich darüber klar sein, ob sie eine Fremdsprache lerne, wenn sie La Fontaines Fabeln lesen muß oder sich in dem dichten Gehölz italienischer unregelmäßiger Zeitwörter ihren Weg zu bahnen sucht. Im übrigen: es kommt da auf eine sehr einfache Sache hinaus, nämlich auf die Unterscheidung zwischen fremd und ausländisch. Für diese Unterscheidung sollte unser Begriffsvermögen denn doch ausreichen.

Ganz sicher eine Fremdsprache wird wohl für uns Schweizer die englische sein. Was das aber bedeutet, nicht einmal darüber herrscht bei allen Leuten Klarheit. Das beweist ein Meinungsaustrausch, der letzten Winter in der Presse stattgefunden hat. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtete (am 30. 11. 1936) abwehrend über einen eigentümlichen Vorschlag, den im „Geistesarbeiter“ (November 1936) der schweizerische Theologieprofessor Adolf Keller gemacht habe, nämlich: nachdem die deutschen Schweizer durch ihr mißliches Verhältnis zur Kultur des neuen Deutschlands in die Gefahr der Vereinsamung geraten seien, sollten sie sich künftig, wenn sie sich nach außen Gehör verschaffen wollen, der englischen Sprache bedienen, selbst englisch schreiben oder doch ins Englische übersetzen lassen! Außer der Ablehnung durch das genannte Zürcher Blatt hat diese Entgleisung eine scharfe Beleuchtung auch gefunden durch Hans Dehler in den „Nationalen Hefen“ (Zürich, Christmonat 1936). Eine Begutachtung des Vorschlages werden Sie von mir nicht erwarten. Schaden wird Prof.

Keller mit seinem Vorschlag nicht stiften; die Leute, die sich von ihm anstecken lassen könnten, haben jedenfalls im kleinsten seiner Empfangsräume in Genf behaglich Platz. Aber der Vollständigkeit wegen wollte ich ein Wort davon sagen.

Das Verhältnis der deutschen zur w e l s c h e n S p r a c h g r u p p e unseres Landes hat, soviel ich sehe, im vergangenen Jahr nur einmal und nur kurze Zeit die Oeffentlichkeit beschäftigt; aber das Bemerkenswerte und Neue war dabei die a m t l i c h e Behandlung des Gegenstandes. Ein Welscher, Heinrich Franz Julius Balloton, hat nämlich die Sache in einer Rede im Nationalrat zur Sprache gebracht. Seine Kundgebung hatte die Form einer sogenannten Interpellation (Nebenbei: die Berichterstattung der N. Z. Z. [24. 6. 1937] erlitt bei der Gelegenheit einen bedauerlichen Fremdwörterunfall; es hieß da nämlich: Balloton [fr. Waadt] i n t e r p r e t i e r t den Bundesrat wie folgt...“): Ist der Bundesrat geneigt, eine eidgenössische Kommission einzusetzen und den Räten einen schriftlichen Bericht über die Gesamtheit dieser Fragen zu unterbreiten? — nämlich über Maßnahmen zur „nationalen Verteidigung?“ Herr Balloton möchte „eine engere Einigung unter den Rassen, Konfessionen und den verschiedenen Sprachen der Eidgenossenschaft“ herbeiführen. Die wirksamsten Mittel, um diese Annäherung und diese n a t i o n a l e Z u s a m m e n a r b e i t zu fördern, sind nach ihm im besondern:

1. Vertiefter Unterricht in den Nationalsprachen und in der Schweizergeschichte in den Primar- und Sekundarschulen;
2. Herausgabe einer Anthologie für diese Schulen;
3. Erteilung von Geschichtsunterricht in den Offiziers- und Zentralschulen der Armee;
4. Kurse in den nationalen Sprachen und in der Schweizergeschichte an unseren Universitäten während der Sommerferien;
5. Förderung des Studiums der Schweizer Studenten während eines oder mehrerer Semester an einer anderssprachigen Schweizer Universität;
6. Förderung vorübergehender Aufenthalte (Austausch, Volontärstellen usw.) in den andern Teilen des Landes zum Zwecke der Erlernung der Sprache;
7. Uebersetzung der Meisterwerke der schweizerischen Literatur in die verschiedenen Nationalsprachen;
8. Aufklärung durch die Presse;
9. Aufklärung durch das Radio;
10. Organisation volkstümlicher Reisen in der Schweiz, z. B. auf das Rütli, in die Innerschweiz, zu den Landsgemeinden usw.;
11. Aufklärung durch den Schweizerfilm.

Herr Balloton sagte weiter (nach „Expreß“ vom 25. 6. 1937): „Die wirkliche schweizerische Sprache, in der die Geschichte der ersten

Jahrhunderte unseres Landes geschildert wurde, und die von der Mehrheit des Schweizervolkes als Muttersprache gesprochen wird, sie heißt Schwyzerdütsch“. Man sollte, meint er, die Frage prüfen, ob nicht in den Schulen der romanischen Schweiz die Elemente dieser Sprache (also die Sprache der Chronisten des vierzehnten Jahrhunderts?) gelehrt werden könnten. Das würde den jungen Welschen erlauben, sich mit dem Schweizerdeutschen vertraut zu machen und würde sie ermutigen, sich in die alemannische Schweiz zu begeben. Er stellt („Bund“ vom 24. 6. 1937) fest, daß der Französischunterricht in der deutschen Schweiz weiter fortgeschritten ist als der Deutschunterricht im Welschland. Er wünscht eine „Anthologie mit literarischen Beiträgen in allen vier Sprachen“.

Bundesrat Etter antwortete in anerkennendem, zustimmendem Sinne, so daß Herr Balloton sich befriedigt erklärte, obgleich nicht zu verkennen ist, daß sein Waadtländer Wein durch Herrn Etter einen beträchtlichen Zuschuß von frischem Zuger Seewasser erhalten hatte.

Vorausgesetzt, daß die angeführten Zeitungen die Rede des waadtländischen Abgeordneten zutreffend und ohne Lücken wiedergeben, haben wir keinen Grund, seine Aufrichtigkeit und seinen guten Willen zu bezweifeln. Es sind ja nicht eben neue Töne, die er angeschlagen hat. Vor und während und unmittelbar nach dem Weltkrieg sind diese Fragen einer bestehenden oder erst noch zu schaffenden schweizerischen Gesamtkultur öfter und eingehend behandelt worden, meist mit dem Ergebnis, daß man sich davon wenig versprach, zumal in der hierin recht zurückhaltenden welschen Schweiz.

Ich kann nicht verschweigen, daß mir seine Vorschläge etwas verschwommen vorkommen wollen; in allem sehe ich mehr den Ausdruck eines guten Herzens als das Ergebnis reifen Denkens. Gegen die vorgeschlagenen Eingriffe in natürliche Entwicklungen werden sich sehr viele Schweizer als gegen eine Sünde gerade wider den Schweizergeist ablehnend verhalten. Der sonderbare Satz von dem heute gesprochenen Schwyzerdütsch, in dem „die Geschichte der ersten Jahrhunderte unseres Landes geschildert worden“ sein soll, verrät uns, daß Herr Dr. Balloton sicher nicht in alemannischer Sprachgeschichte doktoriert hat. Und weiterhin: wenn die Welschen so dringend der Förderung im Verständnis der deutschen Sprache bedürfen, daß man für sie Aufenthalte, Sprachkurse und dergl. in der deutschen Schweiz einrichten sollte, weshalb dann gleichzeitig ihr mühsames und bereits als unzureichend erkanntes Studium noch erschweren, verwirren und halbieren

durch Einführung auch noch in unsere Mundart? In Bern, Zürich, Basel sollen Hochschulkurse für sie eingerichtet werden, einverstanden! Aber sollen die Teilnehmer dann in ihre welsche Heimat zurückkehren, nachdem der eine in Basel gelernt hat: nous avons, vous avez, ils ont = mer hänn, er hänn, sie hänn; der zweite in Bern: mir hei, dir heit, sie hei; der dritte in Zürich: mir händ, er händ, sie händ, und alle drei dazu noch: wir haben, ihr habt, sie haben? Die eifrigen Käufer und Leser aber der geplanten viersprachigen eidgenössischen Anthologie werden vermutlich dieselben sein, die seinerzeit die groß angelegte und reichhaltige dreisprachige Zeitschrift „Wissen und Leben“ des Professors Bovet haben zugrunde gehen lassen und schon vor ihr die zweisprachige „Schweizerische Rundschau“ des Professors Ferdinand Better.

Um kurz zu sein: die 11 Punkte des Abgeordneten Balloton werden ebensowenig verwirklicht werden wie alles ähnliche bisher Dagewesene, und das Ende wird sein, daß der Wind wieder nach der entgegengesetzten Seite umschlagen und man — unter Führung ganz sicher von Vertretern echter französischer Bildung aus dem Heimatfanton der Familie Balloton — zu dem nicht mehr neuen Sage zurückkehren wird: am besten gedeihe unser Land, wenn jeder seiner Teile ganz werde, sei und bleibe, was er ist: Suisse germanique, Suisse française, Suisse italienne. Bis zu jenem Zeitpunkt wird man auch die Entdeckung sicherlich gemacht haben, daß die Leute, die einst im Jahr 1937 über diese Dinge schrieben und sprachen, sich nicht recht klar waren über das, was sie sagten und wollten, daß sie zwar alle den damals — 1937 — beliebten Ausdruck „geistige Landesverteidigung“ brauchten, aber kunterbunt alle möglichen Dinge so nannten und miteinander verwechselten, indem sie bald die Verbreitung schweizerischer Gedanken im Ausland, bald die Durchdringung der drei, der vier Landessprachkulturen im Inland, bald die Verteidigung der demokratischen Staatsauffassung gegen den Marxismus oder gegen den Faschismus meinten und so viele verschiedene Dinge vorschlugen und forderten, daß keines davon als klares Ziel der Allgemeinheit ins Auge zu fassen möglich wurde. Insbesondere wird den künftigen Betrachttern der gegenwärtigen Bestrebungen und gerade auch der im Nationalrat gehaltenen Reden eines nicht entgehen: man fordert die Erhaltung und Verteidigung der geistigen Eigenart der Schweiz; als solche ist bis jetzt immer wieder in allen Tonarten gerühmt worden die im gemeinsamen Vaterland vollzogene Zusammenfassung dreier Sprachstämme, die s e l b s t ä n d i g und f r e i ihre Art ausbilden und

pflegen können. Diese Eigenart der Schweiz will man nun abändern, durch eine neue Eigenart ersetzen, um sie verteidigen zu können. Denn die geplante Ausgleichs- und Mischkultur ist nicht mehr die bisherige Eigenart der Schweiz. Und was sagen zu dem geplanten Bevölkerungsaustausch, der Zugänglichmachung jedes Sprachgebietes für die Angehörigen der andern, diejenigen, denen die Säuberung des Tessins von der alemannischen Einwanderung, die Reinhaltung der Italianità so sehr am Herzen liegt, z. B. der Basler Professor Janner, der seinem Heimatkanton „das schöne Antlitz eines italienischen Landes“ erhalten will, der das Verbot der einzigen dort erscheinenden deutsch geschriebenen Zeitung verlangt, und Professor Giacometti, der sogar fürs Tessin eine Beschränkung der Freizügigkeit und der Vereinsfreiheit verlangt, das Verbot von deutschsprachigen Vereinen? All das wird wohlwollend und eingehend besprochen in einem Aufsatz „Sorgen des Tessins“ der „Neuen Zürcher Zeitung“ (20. 8. 1937). Wenn damit nichts weniger geplant ist als die Abkehr vom Liberalismus und von seinen wichtigsten Errungenschaften, die Verleugnung einer hundertjährigen Entwicklung, so ist das eine uns hier nicht beschäftigende politische Angelegenheit. Aber die sich in ganz entgegengesetzte Forderungen verlaufende geistige Landesverteidigung erweist sich als ein Unding; ihre Verteidiger stehen als Schwächer da, solange sie gleichzeitig Forderungen erheben, die sich gegenseitig aufheben.

Die Bestrebungen zugunsten des Rätoromanischen nehmen ihren Fortgang. Der Bundesrat hat die Neugestaltung des Art. 116 der Bundesverfassung vorbereitet. Der neue Artikel soll („Bündner Tagblatt“, 14. 4. 1937) also lauten: „Das Deutsche, Französische, Italienische und Rätoromanische sind die Nationalsprachen der Schweiz. Als Amtssprachen des Bundes werden das Deutsche, Französische und Italienische erklärt.“ Der bisherige lautet: „Die drei Hauptsprachen der Schweiz, die deutsche, französische und italienische, sind Nationalsprachen des Bundes.“ Die Neuerung geht zurück auf eine Eingabe der Kantonsregierung Graubündens. Diese Eingabe erklärt, daß man auf völlige Gleichstellung des Romanischen verzichte, nur grundsätzliche Gleichstellung aus Gründen „ideeller Natur“ verlange. Sie macht die Tatsache geltend, daß das Romanische „nicht die Mundart irgendeiner andern Sprache“ sei, die Schweiz deshalb nicht drei-, sondern viersprachig sei, lehnt die Einheit von „Sprache und Blut“ als „grundlegende Pfeiler für die Bildung eines Staates, einer Nation“ ab und macht einige Forderungen geltend, die wir nicht

unbillig finden können. Der Bundesrat heißt die Ueberlegungen der Eingabe gut und findet erhebende Worte für die politische Sonderart der Schweiz. Er redet von der „Ehrfurcht vor dem Recht und der Freiheit der menschlichen Persönlichkeit und damit der Ehrfurcht vor dem Recht der Muttersprache“, ohne die „eine eigentliche Freiheit des Geistes undenkbar“ sei. Er zweifelt nicht daran, daß das Volk der ganzen Eidgenossenschaft die Verfassungsänderung gutheißen werde.

In Italien sind Stimmen laut geworden, die diese Erhebung der uralten rätischen Gebirgssprache zur amtlich anerkannten eines europäischen Staates mit grobem Geschimpfe begrüßten; nach Ansicht der italienischen Ausdehnungsnationalisten sollten die Bündner Anlehnung an die italienische Schriftsprache suchen, um sich vor der Verdeutschung zu schützen, und nicht durch Pflege und Verselbständigung ihrer sprachlichen Stellung von Italien abrücken. Wenn es etwas gibt, was uns in der Ansicht bestärken kann, daß die Erhebung des Rätischen im eidgenössischen Ansehen eine gute Sache ist, so ist es dieser Zorn der Italiener.

Hervorgetan hat sich dabei ein gewisser Ludwig Rebora. Der regt sich auf über die Verdeutschung der Ortsnamen Ragace (Ragaz), Senegavia (Sargans), Partenzo (Prätigau), Corvanziana (Churwalden), Orsera (Andermatt). „Wenig fehlte,“ meint dazu die „Neue Zürcher Zeitung“ (6. 8. 1937), „und sein Gram reichte herab bis Turicum und Bitodurum.“ Die Gerechtigkeit gebietet die Erwähnung einer entgegengesetzten Stimme: der römische Professor Bertoni erkennt den Eigenwert der rätischen Sprache an, und zwar in der angesehenen Zeitschrift „Nuova Antologia“ („Neue Zürcher Zeitung“ v. 6. 8. 1937).

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (22. 6. 1937) geht scharf ins Gericht mit dem bekannten Deutschenfresser Johann Baptist Rusch, der „in einem Basler Blatt“ die Anerkennung des Romanischen als Landessprache „nur einen ersten Schritt“ nenne, die Rückverwelschung aller im 19. Jahrhundert verdeutschten Gemeinden verlange, von der sprachlichen Verwandtschaft des Romanischen mit dem Katalanischen, Provenzalischen, Bretonischen (?), von der „Verbindung mit den Kernvölkern Frankreichs und mit den leidenschaftlichen Demokraten Spaniens“ rede und hinzufüge: „Die Anerkennung dieser vierten Landessprache ist — Westorientierung.“ Herr Rusch wird schwerlich den Beifall der Bündnerromanen finden, darin hat sein Zürcher Kritiker recht.

Unterdessen befaßen sich die Bündner Romanen mit dem, was sie geschmackvoll „Nomenklatur“ heißen, d. h. mit der Ortsnamengebung; wegen des Fremdenverkehrs etwas behutsam geht man an die Zurücksetzung und Beseitigung der uns geläufigen Ortsnamensformen. Die Gemeinde Bergün beschließt, zu Bergün die romanische Form Bravuogn künftig stets beizufügen und „hofft „(Neue Bündner Zeitung“, 21. 12. 1936), es werde dann in etwa 50 bis 100 Jahren möglich sein, das ursprüngliche Bravuogn allein anzuwenden, was heute aus praktischen Rücksichten nicht angängig wäre“. Schuls verfährt ähnlich. Um Disentis, das die Leute der Gegend Mustér (d. h. Kloster) nennen, wird gestritten. Zu dem Vorschlag, sogar das (heute übrigens durchaus deutsche) St. Moriz in San Murezzan umzubenennen, meint der „Bund“ (25. 8. 1937): „Pedantisch und büffelmäßig braucht die Romanisierung nicht durchgeführt zu werden.“ Die entgegengesetzte Ansicht, d. h. „büffelmäßige“ Romanisierung, vertritt dagegen ein Herr S. Bagliarin in einem Aufsatz „Tourismus und vierte Landessprache“ in der „NZZ.“ (vom 18. 6. 1937). Er rät den Bündnern, doch nur nicht auf die deutschsprechenden Reisenden Rücksicht zu nehmen, sondern frisch drauflos zu romanisieren. Er freut sich, daß der — schon sehr lange rein deutsche — Ort Thusis vom Kurverein gelegentlich (italienisch) Tosanna genannt werde, nur daß ihm (romanisch) Tusan noch lieber wäre. Er stellt als Vorbild die Umtaufe von Bozen, Meran, Karlsbad, Franzensbad hin und empfiehlt Nachahmung. Er rät auch zur Abänderung von Aufschriften wie Bahnhof, Schusterwerkstatt, Ausstellung, Fußweg nach Guarda. Alles, Romanisch, Italienisch, Tschechisch, was nicht deutsch ist, freut ihn.

Ich komme zum wichtigsten Stück meiner Betrachtung, zur Schwizer Sproch- (oder Sprach-) Bewegig (oder Biwegig). Nach Baer und Dieth ist Guggenbühl mit einer scharfen und vielfach über die Schnur hauenden Schrift: Warum nicht Schweizerdeutsch? aufgetreten und hat nicht wenig von sich reden gemacht. Ein Verein ist entstanden, die Schulbehörden sind in Bewegung gesetzt worden, die Zeitungen bringen viele Mundartbeiträge — ein Blatt, die „Neue Bündner Zeitung“, bringt sogar eine große Anzeige eines Stoff- und Wäsche-geschäftes ganz in deutscher Bündner Mundart — die Schaffung einer einheitlichen Schreibweise für die Mundarten ist im Gang, die Neue Helvetische Gesellschaft ist hierbei beteiligt. Unfre „Mitteilungen“ haben uns fortlaufend über die Vorgänge unterrichtet. Zusammen-

fassend kann gesagt werden: zuerst sah es aus, als wollte der Strom alles überfluten und jede verständige Einrede wegspülen. Die Wortführer der Bivwegig traten so feck auf, der Widerhall aus den Reihen heimatbegeisterter kleinbürgerlicher Gemütsmenschen war so freundlich und zugleich so aufrichtig, daß der alemannische Vorstoß wie ein rasch siegreicher, unwiderstehlicher Feldzug zu verlaufen schien. Seither melden sich nun aber doch auch die Bedenken, besonders aus den für unsere höhere Bildung verantwortlichen Kreisen. Man hört Warnungen vor Ueberspannung des Bogens, Hinweise auf den Unterschied zwischen dem Deutschen Reich und der deutschen Kultur. Manches treffliche Wort ist gesprochen worden; selbst in der Mundart werden fröhlich oder scharf die Entgleisungen der Mundartler hergenommen. Die Lehrerschaft aller Stufen hat ihre Aufgabe begriffen und steht treu zum Hochdeutschen als dem eigentlichen Lehrgegenstand des Sprachunterrichtes. Die schweizerische Schule wird sich nie zum Werkzeug der von Baer, Dieth und Guggenbühl in Aussicht genommenen Verdrängung der hochdeutschen Sprache hergeben. So viel ist heute schon deutlich geworden. Zurückhaltender sind die Schriftsteller; aber auch aus ihren Reihen erwächst der Schriftsprache Hilfe. Die eigentlichen geistigen Führer jedoch wie Bohnenblust, Otto v. Greinerz, Ermatinger haben wertvolle Beiträge zur Wertschätzung der hochdeutschen Bildung gebracht. Tot ist heute schon Baers Forderung einer hochalemannischen Schriftsprache; allseits wird verstanden, daß eine solche Mischsprache ein Unding wäre und zudem unsere lieben Mundarten gerade damit getötet würden.

Eine Zeitung hat angedeutet, dieser ganze Rummel möchte wohl eine Mache ausländischer, deutschfeindlicher Herkunft sein. Dafür liegen keine Beweise vor, und die Behauptung ist unwahrscheinlich. Die alemannische Sprachbewegung läßt sich nicht nur ohne Schwierigkeit ganz natürlich aus der innern Lage und aus dem Wesen des deutschen Schweizertums erklären; man muß sogar sagen: sie konnte gar nicht ausbleiben. Lange vor dem Erscheinen des Buches von Baer habe ich etwas Derartiges erwartet. Seitdem wir durch die Schließung der Grenzen, durch die Nachkriegsnöte des Deutschen Reiches, durch die Beseitigung des liberalen Rechtsstaates in Deutschland, durch die Schrumpfung des Fremdenverkehrs und durch die Aufpeitschung des Sonderbewußtseins (bei uns und überall in der Welt) von den Sprachgenossen geschieden worden sind, mußte die Pflege und Beibehaltung der deutschen Gemeinsprache als des wichtigsten und sichtbarsten Restes

und Zeugen unserer deutschen Vergangenheit früher oder später in Frage gestellt werden. Das konnte auf zwei Arten geschehen: durch Vermehrung des französischen Unterrichts auf Kosten des deutschen, — zum Glück blieb sie aus, — oder durch den Versuch, das eigne Volkstum zu einer Nationalität zu erheben — und das ist jetzt eingetreten. So töricht dieser Versuch ist, er ist wenigstens etwas Bodenständiges, deshalb brauchen wir ihn erst dann zu beklagen, wenn er wirklich Lockerung und Bruch unseres Verhältnisses zur deutschen Bildung herbeiführen sollte. Unsere, des Sprachvereins Aufgabe besteht darin, diesen Ausgang des Kampfes abwenden zu helfen durch Aufklärung der irregeleiteten Teile unseres Volkes.

Die alemannische Bewegung, die wir zurzeit erleben, trägt alle wesentlichen Züge eines *Nationalismus*, wie wir ihn im 19. Jahrhundert an allen Ecken Europas haben aufstehen sehen, an der deutsch-dänischen Grenze, bei den Tschechen und andern Slawen, bei Flamen, Letten, Esten, Finnen, bei den Deutschen Oesterreichs und des Südostens. Ich sage im 19. Jahrhundert, denn der ältere Nationalismus der Engländer und Franzosen trägt andere Züge, die einer andern Zeit angehören, und ist anders zu beurteilen. Schon daß es bei der alemannischen Bewegung um eine *Sprache* (besser: *Sprachform*) geht, nötigt, sie in die Reihe der genannten Nationalismen zu stellen. Aber auch sonst hat unsere Sprachbewegung mehrere wesentliche Züge mit andern modernen Nationalismen gemein. Wir sind es nicht allein, die das wahrgenommen haben. Die „Nationalzeitung“ hat schon das Buch Baers seinerzeit abgelehnt, weil sie darin Nationalismus sah und „aller Nationalismus vom Teufel“ sei. Auch später wieder kam das Blatt auf die Angelegenheit zurück. Es schreibt darüber (6. 7. 1937): „Eigentlich sind die nationalen Erregungen, die sich der Sprache als Kampfmittel bedienen, nicht andere als jene, die sich befriedigen im Schutze von Maschinengewehren und Gasmasken.“ Und in der „Nation“, die ebensowenig wie das genannte Basler Blatt als deutschfreundlich berühmt ist, finden sich dieselben Bedenken (8. 4. 1937): „Ich fürchte, daß man nationalistisch werden könnte, wo man bloß national sein möchte.“

Der Nationalismus, wie er sich in so vielen Sprachbewegungen und Spracherhebungen europäischer Völker und Völklein zeigt, hat als Begleiter meist einen *Chauvinismus* zur Seite und lebt von dem richtigen oder auch bloß künstlich erzeugten Gefühl der Uebervorteilung, der Bedrängung, Bedrückung durch ein Nachbarvolk, das

durch irgendeine Ueberlegenheit an Zahl, wirtschaftlicher Stoßkraft, politischer Macht oder höherer Bildung bedrohlich erscheint. Als solche gefährliche Mächte erschienen den Tschechen und Madjaren Wien, den Balten das Slawentum, den Flamen Frankreich, erscheint den alemannischen Nationalisten eine Macht, die man früher die Preußen nannte, jetzt Nationalsozialismus; man wehrt sich gegen „Gleichschaltung“ und lehnt deshalb auch die Sprache des gefürchteten Gegners ab. Man macht eine vaterländische Angelegenheit daraus; das ist Chauvinismus, — selbstverständlich nur bei den andern, denn daß es bei ihm auch Chauvinismus gebe, bestreitet jedes noch so nationalisierte Volk. Der Anfang einer nationalistischen Bewegung ist fast immer eine Welle von Gemütsregungen. Man knüpft an sittliche Regungen der edelsten Art an, an die Heimatliebe, an die Treue gegen die Vorfahren, erinnert an die Mutter, die mit ihren Kindern gebetet, gesungen, gescherzt hat. Dadurch gewinnt man die Menge der gütigen, arglosen, zartfühlenden Menschen. In Wort und Schrift erscheint der beginnende Nationalismus als der Inbegriff des Gottgewollten, als sittlicher Idealismus. Er kennt die Tränen der Rührung, den echten Opfersinn, hat etwas von aufrichtigem Gottesglauben und hingebender Bruderliebe an sich — die Brüder sind die Sprach- und Volksgenossen. Aber es geht nicht lang, so zeigen sich auch sittlich weniger erfreuliche Züge in der Bewegung: das Selbstbewußtsein wird Selbstüberhebung, die Abwehr fremden Druckes führt zum Haß, und wenn die Bewegung einmal von politisch geordneten und auf Kampf eingestellten Vereinigungen und Mächten in die Hand genommen wird, vergrößert sie sich schnell und begeht Uebergriffe, durch die sie sich besudelt. Ganz so weit sind wir bei uns noch nicht, weil der Gegner noch nicht Stellung bezogen hat (hoffentlich läßt er das bleiben!), aber es wird bereits sichtbar, daß die Sache so kommen kann. Noch trägt die Bewegung für Erhaltung und Hebung unserer Mundarten, die, ob man es zugebe oder nicht, Bewegung zur Bekämpfung der deutschen Schriftsprache ist, die Züge eines echten Idealismus. Aber schon sieht man auch, daß dieser Idealismus ein Gemisch von sittlich wertvollen Bestrebungen und allerlei törichten Vorurteilen, Haßgefühlen, Unwahrhaftigkeit, kindischen Selbsttäuschungen zu werden beginnt.

Lassen Sie mich kurz darauf hinweisen, wie viele Unwahrheiten zurzeit über unsere Muttersprache in Umlauf gesetzt und planmäßig dem Volk eingetrichtert werden. Da ist gleich die erste Behaup-

tung, der deutsche Schweizer mißachte seine Heimatsprache als minderwertig. Das Gegenteil ist wahr: alle deutschen Schweizer hängen an ihrer Muttersprache mit Leidenschaft, rühmen und loben sie ohne Aufhören; es gibt sicherlich kein andres Volk, das so zärtlich mit seiner Muttersprache umgeht, so mit fast religiöser Verehrung von ihr redet, ja mit Volkstum *probt*. Mit einem „träfen“ Ausdruck, einem geschickt angebrachten Appenzeller Wort etwa, kann ein Redner die Hörer auf seine Seite ziehen, so daß die Gegner die Waffen strecken und alle Welt sein findet, was er gesagt hat. Wir veranstalten ja Mundartabende und genießen sie mit inniger Freude; Unterhaltungen über Eigenheiten und Eigenart unserer Mundarten sind nicht selten auch im minder gebildeten Volk. Wenn daneben einer die Meinung äußert, für den Kirchengesang und für das Trauerspiel sei das Schweizerdeutsche nicht ausgebildet und das Hochdeutsche unentbehrlich, so ist damit keine Mißachtung ausgesprochen, sowenig wie wenn einer von seiner ihm über alles hochstehenden Mutter etwa aussagen muß: ihre ganze Bildung hatte sie aus der Volksschule, und ihren ungelentk hingemalten Briefen sieht man an, daß sie von schwerer, schwieliger und zitternder Hand geschrieben sind. Noch einmal: es ist einfach nicht wahr, daß die Mundart mißachtet sei. Das zeigt sich gerade jetzt: nirgends ist eine Stimme laut geworden, die sich gegen die Mundartpflege gewendet hätte; in allen Kreisen, unter allem Volk, in der ganzen Presse heißt es einmütig: Mundartpflege ist eine treffliche Sache, deren man sich annehmen muß, die Mundart ein hohes Gut, das wir behalten und betreuen wollen.

Zweite Unwahrheit: die Schweizer lernen nie recht Hochdeutsch, auch nicht für den schriftlichen Gebrauch. Wer Briefe aus Deutschland zu sehen bekommt, der weiß: dank unserm guten Schulwesen schreiben die Schweizer *aller*, besonders der sogenannten ungebildeten Stufen, ebenso gut wie ihre Standes- und Sprachgenossen des benachbarten Auslandes. Gewiß werden Fehler gemacht, die unserer Mundart entstammen, aber dasselbe läßt sich auch anderswo überall feststellen. Den *gebildeten* Deutschschweizern kann zwar der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie — ich denke etwa an den amtlichen Briefwechsel von Pfarrern und Kirchenpflegern — oft recht nachlässig schreiben, aber nicht, weil sie es nicht besser könnten, sondern eben aus Nachlässigkeit, auch deswegen, weil wir nicht in einem Beamtenstaat leben, weil bei uns in allen Dingen viel weniger als in andern Ländern auf sorgfältige Formen gesehen wird. Daß aber

unsere Schriftsteller sich sehen lassen dürfen, von den schlechthin unübertroffenen Meistern und deutschen Klassikern Keller und Meyer bis zu dem Thurgauer Bauern Huggenberger mit seiner feinsinnigen Verwendung heimatlichen Wortschatzes in sorgfältiger deutscher Prosa, das wissen wir alle und dürfen es mit Stolz geltend machen. Wir verleumden unser Volk, unsere geistigen Führer, unsere Heimat, unsere Schule, uns selbst, wenn wir sagen, der Schweizer lerne nie recht Hochdeutsch. Im mündlichen Gebrauch sind wir ja nicht so geschickt wie andere; das ist die Folge der mangelnden Uebung, kein Beweis dafür, daß Hochdeutsch eine Fremdsprache für uns wäre. Und dieselbe Mundart, die uns zu unstatthaftem Ausdruck verleiten mag, macht uns in ebenso vielen Fällen geschickt, klar, kräftig, anschaulich und schön deutsch zu schreiben.

Die dritte Unwahrheit, mit der die Gegner der deutschen Schriftsprache umgehen: Hochdeutsch sei eine Fremdsprache. Hochdeutsch ist die eine Form unserer deutschen Muttersprache; ein Dummkopf oder ein Schelm, wer das bestreitet. Der sprachliche Entwicklungsstand der Völker deutscher Zunge und noch vieler anderer Völker ist der des Nebeneinanders von landschaftlicher Volkssprache und gemeindeutscher Schrift- und Bildungssprache. Wenn jemand darauf beharrt, Hochdeutsch sei für uns eine Fremdsprache, dann läßt sich das mit demselben Recht und in demselben Sinne behaupten für unsere badischen, schwäbischen und österreichischen Nachbarn, weiterhin für ein paar Millionen Süd- und Mitteldeutsche überhaupt, vor allem aber für die Bauern, Arbeiter und Seeleute Norddeutschlands, die mit Lust und Freude das ihnen von den Vorfahren vererbte Plattdeutsch sprechen als die Herzens- und eigentliche Muttersprache. Wer in Hamburg, Stuttgart, Innsbruck wird denn aber behaupten, das Deutsche sei für ihn und seine Gefreundten eine Fremdsprache? — Fragt doch einmal einen Sechsjährigen, ob er das verstehe:

Ihr Kinderlein, kommet, o kommet doch all,
Zur Krippe her kommet in Bethlehems Stall
Und seht, was in dieser hochheiligen Nacht
Der Vater im Himmel für Freude uns macht.

Das soll eine Fremdsprache sein!

Mehr nur eine Uebertreibung ist es, — aber man schraubt sie bis zur Lüge empor — wenn man von den schmerzlichen Erlebnissen spricht, die unsern Kindern die Erlernung der Schulsprache angeblich bereitet. Was es da an Nöten für die Schuljugend etwa geben mag,

das gibt es für alle Schuljugend bei der Erwerbung der literarischen Sprache; diese enthält immer mancherlei, was dem kleinen Höfeler von 6 bis 10 Jahren neu, fremd ist und mit etwas Anstrengung angeeignet werden muß. Der kleine Franzose hat mit der Erlernung des Schriftfranzösischen und seiner Regeln nicht weniger Mühe als der Zürcher mit dem Schuldeutsch. Ueberhaupt, man übertreibt und fälscht die Dinge, wenn man immer so tut, als sei unser Verhältnis zur deutschen Gemeinsprache etwas Einzigartiges auf dem Erdboden. Millionen von Menschen, Südfranzosen, Spanier, Italiener, Türken, Griechen, sind wie wir in der Lage, die literarische Sprache von einer Volkssprache aus ergreifen und begreifen zu müssen, haben damit einige Mühe und müssen Opfer an Zeit und Arbeit bringen. Das ist der Preis, mit dem wir unsern Anteil am Leben eines großen, alten Kulturvolkes bezahlen.

Wiederum war es ein Täuschungsversuch, wenn letzten Sommer die Sprachbiwegig in einem für die Presse bestimmten und vielfach abgedruckten Aufruf aufforderte, Reden am 1. August in der Mundart zu halten, und dabei am Schluß behauptete: „Daß auch die Miteidgenossen der verschiedenen romanischen Zungen unsere Mundarten verstehen und gerne hören, dafür sind unzählige Beweise vorhanden.“ Wenn es nur hieße: „Daß auch Miteidgenossen ...“, so wäre es in diesem Zusammenhang immer noch eine Irreführung, aber mit der Behauptung, „die“ nichtdeutschen Schweizer verständen und hörten gern eine schweizerdeutsche Rede an, sagen die Verfasser des Aufrufs etwas, was sie selbst nicht glauben. Gewiß gibt es neben den vielen, die nichts oder wenig verstehen, einige wenige, die alles verstehen, aber unzähligemal „unzähliger“ wären die Beweise dafür, daß weitaus die meisten wenig oder nichts verstehen.

Unders geartet ist der folgende Fall. Eine Frau Ida Feller-Müller hat, schon vor dem Erscheinen des Schlachtrufes von Emil Baer, Gottfried Kellers „Ursula“ als „Urscheli“ in die Mundart übertragen; man hat das als eine Geschmacksverirrung mit Recht angefochten. Frau Feller hat aber darauf im „Landboten“ (4. 9. 37) das Wort ergriffen, um zu sagen, wie sie es meint. Man kann es ihr gut nachfühlen, wenn sie berichtet, es habe sie gereizt, einen solchen Versuch zu machen und zu sehen, wie sich solch ein kleines Kunstwerk in die Volkssprache übertragen lasse. Aber es ist eine starke Verkennung der Sachlage, wenn die Uebersetzerin geglaubt hat, Kellers Werke würden vom Volk des hochdeutschen Sprachgewandes wegen nicht

gelesen. Man braucht doch nicht mehr als die ersten zwanzig Zeilen der „Ursula“ zu lesen, um zu erkennen, was zwischen dieser Erzählung und dem Volke steht: nicht die hochdeutsche Sprachform, sondern die literarische Gattung, die historische Novelle und der allerdings damit eng verwachsene mehr oder weniger gelehrte Stil. Man übersehe einmal den „Grünen Heinrich“ oder „Martin Salander“, das Ergebnis wird sein, daß sie dann nicht mehr, sondern noch weniger als bisher gelesen werden. Es ist deshalb geradezu töricht, „ein den Gebildeten unverlierbares Werk auch dem einfachen Volk erschließen“ zu wollen durch Uebersetzung in die Mundart. Keller müßte seines eigenen Stils entkleidet werden, ganze Sätze müßte man gründlich umformen oder sogar ganz weglassen, um dieses Ziel — vielleicht — zu erreichen, aber dann hätte man nicht Kellers Werk dem Volk erschlossen, sondern nur den Stoff — ähnlich wie es etwa durch die Verfilmung zu geschehen pflegt. Und welchen Wert hätte das? Die hochdeutsche Sprache ist unserm Volk nicht fremd; es verschlingt eine ganze Roman- und Schundliteratur trotz der hochdeutschen Sprache, und hat von jeher Schillers „Tell“ geliebt, trotz der hochdeutschen Sprache, und tausend sentimentale Lieder gesungen, — gerührt, begeistert, belustigt, von klein auf, trotz der hochdeutschen Sprache. Auch hier also arbeitet die Mundartbewegung mit unwahren Behauptungen, nur daß in diesem Fall ein Mißverständnis zugrunde liegt.

Kurz fällt der Ueberblick über die Vorgänge im Ausland aus. Aus Deutschland wird berichtet („Neue Zürcher Nachrichten“ vom 7. 11. 1936), daß sich der Reichsminister des Innern der deutschen Namen für ausländische Orte angenommen habe, indem er anordnete, „daß im Geschäftsverkehr der Behörden ausländische Orte, für die eine hergebrachte deutsche Bezeichnung üblich ist, grundsätzlich mit den deutschen Namen zu bezeichnen sind (z. B. Arnheim, Lüttich, Diedenhofen, Straßburg, Genf, Florenz, Eger, Kopenhagen, Lissabon). Dies gelte grundsätzlich auch für den Geschäftsverkehr nach dem Ausland. Wenn jedoch die ausländische Bezeichnung des Ortes bekannt und zu befürchten sei, daß bei Nichterwähnung der ausländischen Ortsbezeichnung Mißverständnisse entstünden oder Fehlleitungen oder Verzögerungen eintreten könnten, könne der deutschen Ortsbezeichnung die ausländische Bezeichnung in Klammern nachgesetzt werden, z. B.: Brünn (Brno). Soweit bisher beim Geschäftsverkehr mit dem Ausland andere Grundsätze beobachtet worden seien, sei die Ueberleitung

zu dem neuen Verfahren ohne schroffe Uebergänge anzustreben. Zwischenstaatliche Verträge und sonstige Sonderregelungen, insbesondere im Grenzverkehr, blieben unberührt."

Damit ist erfreulicherweise endlich auch von Reiches wegen eine Forderung wenigstens teilweise erfüllt, die von uns schon seit Jahrzehnten vertreten wird, nämlich, daß man sich der gefährdeten deutschen Ortsnamen annehme, die gutes altes Sprachgut sind, aber leider immer mehr durch die fremden Namen und Namensformen ersetzt werden. Aus allzu großer Uengstlichkeit und übertriebener „Korrekt“heit haben die kaiserlichen Regierungen Deutschlands in diesen Dingen stets große Zurückhaltung geübt und erst die Nachkriegsregierungen dann mit viel gutem Willen langsam angefangen, diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Erlaß des jetzigen Reichsministers des Innern ist um so mehr zu begrüßen, als er nichts überstürzt und die in solchen Angelegenheiten gebotene Vorsicht beobachtet.

Denselben Gegenstand betrifft eine Nachricht aus R u m ä n i e n. Siebenbürgisch-sächsische Blätter hatten („Germania“, Berlin 22. 4. 1937) ihr Erscheinen mit der Begründung eingestellt, sie wollten damit Einspruch gegen das Verbot der alten deutschen Ortsnamen erheben. Auf Einschreiten der parlamentarischen Vertreter der Siebenbürger Sachsen hat darauf die rumänische Regierung allen Präfekturen, in deren Amtsbereich deutsche Zeitungen erscheinen, den Auftrag erteilt, den Gebrauch der deutschen Ortsnamen durch die deutschen Blätter in Siebenbürgen auch weiterhin zu gestatten. Die deutschen Tageszeitungen in Siebenbürgen können seither die deutschen Ortsnamen nicht nur im inneren Text, sondern auch am Kopf des Blattes wieder verwenden.

Im benachbarten E l s a ß hat man sich für die einheimische Presse wehren müssen. Zu einer Zeit, da es auf französischem Staatsgebiet keine deutschsprechende Bevölkerung gab, nämlich im Jahr 1895, wurde durch Gesetz die Regierung ermächtigt, fremdsprachige Zeitungen, die in Frankreich erschienen, durch einfachen Ministerbeschluß zu verbieten. Diese Vollmacht haben nach dem Krieg gelegentlich die Pariser Gewalthaber dazu benützt, um deutsch geschriebene Blätter des Elsasses kurzerhand zu unterdrücken. Um dem vorzubeugen, haben 31 Abgeordnete, meist natürlich solche aus dem ehemaligen Reichsland, einen Zusatz zum Pressegesetz vorgeschlagen, der für die drei „Bezirke Oberrhein, Niederrhein und Mosel“ der Regierung die Befugnis, Zeitungen zu unterdrücken, entzieht. In der Begründung wird geltend

gemacht, im Jahr 1931 hätten im Bezirk Oberelsaß nur 5,7 v. H., im Unterelsaß 6,4 v. H., in Lothringen 21,1 v. H. der Bevölkerung Französisch als Muttersprache angegeben, die aus dem Innern gekommenen französischen Beamten mitgerechnet. Weiter heißt es in der Begründung, daß die elsässische und lothringische Mundart dieselbe sei wie die im alemannischen Teil der Schweiz, in der Pfalz, in Baden und im Saarland, und daß sie nicht eine keltische Mundart sei, wie man an gewissen Stellen wolle glaubhaft machen, sondern eine germanische (nach „Luzerner Neueste Nachrichten“, 12. 12. 1936). Der Antrag ist noch nicht Gesetz geworden, wird vielleicht es nie; es paßt ausgezeichnet in die Gewohnheiten der französischen Regierung, solche Sachen auf die lange Bank zu schieben, und eilig wird man es ohnehin nicht haben, sich selbst durch einen Gesetzeszußatz um eine Regierungsbefugnis bringen zu lassen. Es gibt in Frankreich von jeher eine Menge solcher Angelegenheiten, die man absichtlich in der Schwebe läßt. Mehr Aufsehen und Aufregung verursacht ein Schulstreit, den die „erlösten Provinzen“ mit der Regierung führen. Frankreich kennt für Knaben bisher eine siebenjährige Schulpflicht, Elsaß und Lothringen haben noch aus der deutschen Zeit die achtjährige Schulpflicht. Nun hat die Regierung des Herrn Leo Blum die Schulpflicht um ein Jahr verlängert und zwar auch für Elsaß-Lothringen, so daß diese Provinzen künftig eine neunjährige Schulpflicht bekämen, ein Jahr mehr als das übrige Frankreich. Dagegen lehnen sich die Elsässer einmütig auf, die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, die Handwerkskammern, die Handelskammern, die Zeitungen. Die Abgeordneten und Senatoren begaben sich zum Ministerpräsidenten. Die schriftliche Antwort, die sie nachher erhielten, verschärfte den Streit. Denn Herr Blum sagte, die elsässische Schule sei durch den Religionsunterricht (den die französische Schule seit einem halben Jahrhundert nicht mehr kennt) und durch den Deutschunterricht belastet, das rechtfertige die Verlängerung der Schulpflicht. Er verlangt deshalb entweder Verzicht auf Deutsch- und Religionsunterricht, damit sei dann die elsässische Schule der ganz Frankreichs gleichgestellt, oder Einführung des neunten Schuljahrs (nach „Neue Zürcher Zeitung“, 4. 2. 1937). Inzwischen ist ein Jahrgang Schüler vor die Frage gestellt: sind wir entlassen oder nicht? Die elsässischen Politiker fordern offen die Eltern auf, die Schüler, die 8 Klassen durchgemacht haben, einfach zu Hause zu behalten; dadurch macht man sich wohl strafbar, aber in Frankreich hat das wenig zu bedeuten, denn da ist es mit Schulpflicht und Schul-

besuch von jeher so wenig genau genommen worden, daß die Behörden nicht wohl anfangen können, mit einemmal auf einem ohnehin politisch heißen Boden mit Strafen vorzugehen. Deshalb bleibt auch diese Angelegenheit vorderhand in der Schwebe. *)

Mit der Wiederzulassung deutschen Schulunterrichtes in Südtirol scheint es, wie vorauszusehen war, nichts zu sein. Können wir dem Bericht, den z. B. die „Danziger Volkszeitung“ (25. 3. 1937) gibt, Glauben schenken, so steht es damit bitterböse. Der Bericht sagt:

Die im vergangenen Schuljahr in Bozen und Meran eingerichteten Deutschkurse wurden in diesem Jahr nicht wieder aufgenommen. Die Versuche verschiedener Klosterschulen, von der italienischen Regierung das Recht zum Deutschunterricht zu erhalten, sind durchwegs gescheitert. Die Englischen Fräulein in Meran hatten, in der Annahme, daß die ihnen im Vorjahr gegebene behördliche Erlaubnis zur Eröffnung der Deutschkurse auch im laufenden Schuljahr Geltung habe, mit der Erteilung des Deutschunterrichtes begonnen. Bald aber erhielten sie ein ausdrückliches behördliches Verbot, den Unterricht fortzusetzen. Ebenso sind die Bemühungen der Schwestern der Marienschule in Bozen um die Erlaubnis zur Erteilung des Deutschunterrichtes auch in diesem Schuljahr vergeblich geblieben. Schließlich wurde an dem Istituto tecnico in Bozen, das bisher von der zweiten Klasse an Deutsch als Fremdsprache hatte, im laufenden Schuljahr statt Deutsch Englisch eingeführt.

Ja, es ist nicht erfreulich, was der Freund der deutschen Muttersprache heute erlebt. Aber durch alles hindurch: wir bleiben treu, und schließlich: ein Volk und sein Geist lebt länger als wir Einzelmenschen. Die Unwetter gehen vorüber, die von ihnen verheerte Erde erholt sich wieder.

*) Unterdessen, d. h. bis zur Drucklegung dieses Berichtes, ist Blums Forderung zurückgezogen worden; die Elsässer haben also den Sieg behalten.